

Protokoll

über die 34.Sitzung des Rates der Stadt Wedel am Donnerstag
dem 17.11.2016, im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 19:57 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Lutz Degener
Frau Rita Dietrich
Frau Kerstin Dorbandt
Herr Christian Fuchs
Frau Heidemargret Garling
Herr Michael C. Kissig
Herr Ulrich Kloevekorn
Herr Peter Kramer
Herr Jan Lüchau
Herr Michael Schernikau
Herr Stephan Schwartz

ab 19.05 Uhr

Fraktionsvorsitzender
Stadtpräsident
1. stellv. Bürgermeister

WSI:

Herr Dr. Stephan Bakan
Herr Joachim Funck
Frau Birgit Neumann-Rystow
Frau Ingrid Paradies
Herr Andreas Schnieber

ab 19.15 Uhr
Fraktionsvorsitzender

2. stellv. Bürgermeister, ab
19.10 Uhr

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Aysen Ciker
Herr Thomas Grabau
Frau Gudrun Jungblut
Frau Petra Kärger
Herr Olaf Wuttke

1. stellv. Stadtpräsidentin

Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion:

Herr Lothar Barop
Herr Manfred Eichhorn
Frau Sophia Jacobs-Emeis
Frau Jutta Kross
Herr Wolfgang Rüdiger

3. stellv. Bürgermeister

Fraktionsvorsitzende
2. stellv. Stadtpräsidentin

FDP-Fraktion:

Frau Renate Koschorrek
Herr Prof. Dr. Helmut Thöm

Fraktionsvorsitzende



Fraktion DIE LINKE:

Herr Dr. Detlef Murphy
Herr Johannes Schneider

Fraktionsvorsitzender

Jugendbeirat:

Herr Lucas Harder

Jugendbeirat

Verwaltung:

Herr Jörg Amelung
Frau Angela Gärke
Herr Rolf Jagemann
Herr Niels Schmidt
Herr Volkmar Scholz
Herr Ralf Waßmann
Frau Martina Weisser

Bürgermeister

Schriftführerin

Stadtwerke:

Herr Uwe Harms

zu TOP 4 u.5

Es fehlte entschuldigt:Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gertrud Borgmeyer

Es waren außerdem bis zu 30 Zuhörerinnen und Zuhörer, eine Klasse der GHS und Vertreter der Presse anwesend.

Um 19.05 Uhr begrüßt der Vorsitzende Herr Kloeve Korn alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums durch die Anwesenheit von 28 Ratsmitgliedern fest und eröffnet die Sitzung. Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen vor. Herr Schmidt bittet um Absetzung des TOP 12 und Verweisung in den Fachausschuss. Er erklärt, dass eine Vertragsänderung vorgesehen war, weil die Zahl der Zuweisungen von Flüchtlingen stark gesunken ist und zur Zeit stagniert. Ganz aktuell gibt es aber eine Gesetzesänderung auf Landesebene, wonach der Kreis der zu Betreuenden ausgeweitet werden soll, also wieder mehr Personal erforderlich sein wird. Entsprechend sollen auch die Zuschüsse angehoben werden.

Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

TOP 12 wird ohne heutige Beratung in den Ausschuss für Jugend und Soziales zurück verwiesen.

Frau Jacobs-Emeis für die SPD-Fraktion bittet um Behandlung des TOP 11 in öffentlicher Sitzung.



Herr Degener spricht sich dagegen aus. Der Betroffene, um den es bei TOP 11 geht, ist anwesend. Er plädiert dafür, den TOP ,wie im Sozialausschuss auch, nichtöffentlich zu beraten.

Herr Schnieber ist jetzt anwesend. Damit sind 29 Stimmberechtigte da.

Der Vorsitzende lässt jetzt darüber abstimmen, ob der TOP 11 in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden soll. Er weist darauf hin, dass für die Beratung des TOP 11 in nichtöffentlicher Sitzung eine 2/3 Mehrheit erforderlich ist. Der Rat beschließt mit

17:12:2 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

TOP 11 soll nichtöffentlich behandelt werden.

Herr Kloevekorn stellt fest, dass die erforderliche 2/3-Mehrheit nicht erreicht ist. Der TOP 11 ist daher öffentlich zu beraten.

Jetzt beschließt der Rat einstimmig:

Beschluss

Die TOP 11 - 14.4 sind nichtöffentlich zu behandeln.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

T A G E S O R D N U N G

- 1.) Einwohnerfragestunde
 - 2.) Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 33.Sitzung vom 13.10.2016
 - 3.) Nachwahl von Ausschuss- und Gremienmitgliedern
 - 4.) Wirtschaftsplan der Stadtentwässerung Wedel für das Jahr 2017
 - 5.) V. Nachtragssatzung über die Erhebung von Beiträgen für die Abwasserbeseitigung der Stadt Wedel (Beitragssatzung)
 - 6.) Jugendbeirat
Neue Satzung und Wahlordnung 2017
 - 7.) 1. Nachtragssatzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wedel über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer
 - 8.) Optionserklärung gemäß § 27 Abs. 22 UStG
 - 9.) Mitteilungen und Anfragen
-

- 9.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste
 - 9.2 Sonstige Mitteilungen
 - 9.2.1 Cockpitbericht zum 30.09.2016
 - 9.2.2 Berichtsheft 1/2016
 - 9.3 Schriftliche Anfragen
 - 9.4 Mündliche Anfragen
 - 10.) Eingabe in Sachen Ehrenamtsvereinbarung
 - Unter Ausschluss der Öffentlichkeit
 - 11.) Protokollgenehmigung, hier: Nichtöffentliches Protokoll der 33.Sitzung vom 13.10.2016
 - 12.) Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"
 - 13.) Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
 - 13.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste
 - 13.2 Sonstige Mitteilungen
 - 13.3 Schriftliche Anfragen
 - 13.4 Mündliche Anfragen
 - 14.) Unterrichtung der Öffentlichkeit
- 

1.) Einwohnerfragestunde

Der erste Einwohner, Herr Ihlenfeld, führt aus bzw. fragt zu TOP 12:

Flüchtlingsbetreuung

Herr Ihlenfeld ist ehrenamtlicher Flüchtlingshelfer. Das Wort „Reduzierung“ - sprich weniger Personal in der Flüchtlingsbetreuung - in der Beschlussvorlage habe ihn und seine vielen Mitstreiter in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe in Angst und Schrecken versetzt. Er fragt, ob seitens der Verwaltung daran gedacht werde, dass nach der Personalreduzierung die Ehrenamtlichen die Aufgaben der bisherigen Hauptamtlichen übernehmen sollen.

Herr Schmidt erklärt, dass nicht daran gedacht wird, die Arbeit auf die Ehrenamtlichen zu verschieben. Hintergrund ist, wie schon zu Beginn der Sitzung erläutert, dass es eine ganz neue Gesetzgebung zum Thema Flüchtlingsbetreuung gibt, was zu einer neuen Sachlage führt, die im Sozialausschuss ja nun auch noch zu bewerten sein wird.

Kosten der Flüchtlingsbetreuung und Erstattung durch Bund und Land

Herr Ihlenfeld fragt, ob die Verwaltung eine Aufstellung veröffentlichen kann, aus der sich die Kosten der Stadt für die Flüchtlingsbetreuung ergeben und in der ebenfalls ersichtlich sein sollte, in welcher Höhe Land und Bund Kosten erstatten.

Herr Schmidt antwortet, dass es aufgrund der bisher erfolgten ständigen unterschiedlichen Zuweisungen, Änderungen der Gesetzeslage und der vielfältigen Zuschussbereiche keine Aufstellung geben kann, weil die Zahlen sich dauernd verändern. Sicher ist aber, dass auch Wedel von den Zuschüssen etwas abbekommt. Da die Frage für alle Kommunen von Bedeutung ist, erwartet er ein entsprechendes Monitoring auf Landesebene.

Der nächste Einwohner Herr Imbeck fragt zum Thema

Begrenzung der Redezeit im Rat und den Ausschüssen:

Im Bund und in Hamburg ist die Redezeit der Abgeordneten begrenzt. Kann das auch in Wedel für den Rat und die Ausschüsse eingeführt werden?

Der Vorsitzende antwortet, dass die Redezeit in Hamburg zur Zeit nicht begrenzt ist. Die Fraktionen nehmen die Frage mit in ihre Sitzungen.

Herr Dr. Bakan ist jetzt auch da. Damit sind 30 stimmberechtigte Ratsmitglieder anwesend.

Weitere Fragen sind nicht angemeldet. Es meldet sich jedoch der Einwohner Herr Erdmann, um dessen Person es in TOP neu 11 geht und bittet um das Wort. Herr Kloevekorn erteilt ihm das Wort.

Herr Erdmann fragt die Ratsmitglieder, ob sie nicht der Meinung seien, dass die Bezeichnung des TOP 11 verkehrt sei. Es handelte sich bei seinem Brief an die Stadt

nämlich nicht um eine Eingabe, sondern um eine Beschwerde über das Verhalten des Bürgermeisters. Eine Beschwerde ist aber keine Eingabe im Sinne der Gemeindeordnung, über deren Beantwortung ein Ausschuss oder der Rat beschließen müsste.

Herr Schmidt erwidert, dass die Verwaltung seinen Brief als Eingabe bewertet hatte. Wenn Herr Erdmann nun erklärt, es sei keine Eingabe, sondern eine Beschwerde und er erwarte schlichtweg eine Antwort des Bürgermeisters dazu, dann kann jetzt der TOP neu 10 ebenfalls abgesetzt werden und er als Bürgermeister wird entsprechend auf die Beschwerde antworten. Hiermit erklärt sich Herr Erdmann einverstanden.

Herr Kloevekorn stellt fest, dass damit der TOP neu 10 ebenfalls von der Tagesordnung herunter genommen werden kann.

Weitere Fragen werden nicht gestellt.

Damit sieht die jetzt zu behandelnde Tagesordnung aus wie folgt:

- 1.) **Einwohnerfragestunde**
- 2.) **Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 33.Sitzung vom 13.10.2016**
- 3.) **Nachwahl von Ausschuss- und Gremienmitgliedern**
- 4.) **Wirtschaftsplan der Stadtentwässerung Wedel für das Jahr 2017**
- 5.) **V. Nachtragssatzung über die Erhebung von Beiträgen für die Abwasserbeseitigung der Stadt Wedel (Beitragssatzung)**
- 6.) **Jugendbeirat
Neue Satzung und Wahlordnung 2017**
- 7.) **1. Nachtragssatzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wedel über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer**
- 8.) **Optionserklärung gemäß § 27 Abs. 22 UStG**
- 9.) **Mitteilungen und Anfragen**
 - 9.1 **Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste**
 - 9.2 **Sonstige Mitteilungen**
 - 9.2.1 **Cockpitbericht zum 30.09.2016**
 - 9.2.2 **Berichtsheft 1/2016**
 - 9.3 **Schriftliche Anfragen**
 - 9.4 **Mündliche Anfragen**

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

10. **Protokollgenehmigung, hier: Nichtöffentliches Protokoll der 33.Sitzung vom 13.10.2016**
11. **Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"**
12. **Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen**
 - 12.1 **Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste**
 - 12.2 **Sonstige Mitteilungen**
 - 12.3 **Schriftliche Anfragen**
 - 12.4 **Mündliche Anfragen**

öffentlich

13. **Unterrichtung der Öffentlichkeit**

- 2.) **Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 33.Sitzung vom 13.10.2016**

Herr Schneider bemängelt, dass im Protokoll unter TOP 9.1 alle Fraktionen mit einem Wortbeitrag erwähnt werden, nur er nicht. Er führt sodann noch einmal aus, was er gesagt hatte unter TOP 9.1. Herr Kloevekorn bittet um Hergabe des Textes, dieser wird dann in das Protokoll eingefügt. (Hinweis Verwaltung: bei Fertigung des Protokolls lag der zugesagte Wortbeitrag nicht vor)

Frau Kärgel bittet um Änderung bzw. Ergänzung im Protokoll auf Seite 8 wie folgt:

Es soll neu aufgenommen werden:

„Immerhin handelt es sich toxische Ausstöße, die krebserregende Schwermetalle und andere Gefahrenstoffe enthalten. Der festgestellte niedrige pH-Wert zeigt, dass Partikel aus dem Kraftwerk in Wasser eine Säure bilden. Geraten Partikel ins Auge, kann dies zu Augenreizungen, schlimmstenfalls zu Augenverätzungen führen.“

Dafür soll der Satz, der beginnt mit „immerhin handelt es sich....“ Und endet mit „...was sich aufgrund des festgestellten pH-Wertes ergibt.“ gestrichen werden.

Nach kurzer Diskussion beschließt der Rat bei 3 Enthaltungen und 27 Ja-Stimmen:

Beschluss

Mit den gewünschten Änderungen wird das Protokoll genehmigt.

3.) Nachwahl von Ausschuss- und Gremienmitgliedern

Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Rat wählt

als 1. Stellv. Mitglied in den Planungsausschuss Herrn Detlev Blohm (bisher Matthias Schwier),

als 2. Stellv. Mitglied in den Planungsausschuss Herrn Detlev Blohm (bisher Frau Regina Brodersen),

als stimmberechtigtes Mitglied in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport Herrn Julian Fresch für das ausgeschiedene bisherige Mitglied Frau Ingeborg Dehn.

4.) Wirtschaftsplan der Stadtentwässerung Wedel für das Jahr 2017 Vorlage: BV/2016/122

Nachdem Herr Grabau als Vorsitzender des Umwelt-,Bau- und Feuerwehrausschusses die Beschlussvorlage vorgetragen hat, beschließt der Rat einstimmig:

Beschluss

Der Rat der Stadt Wedel beschließt den Wirtschaftsplan 2017 der Stadtentwässerung Wedel entsprechend den beigefügten Zusammenstellungen und Einzelplänen.

5.) V. Nachtragssatzung über die Erhebung von Beiträgen für die Abwasserbeseitigung der Stadt Wedel (Beitragssatzung) Vorlage: BV/2016/123

Nach Vortrag der Vorlage durch Herrn Grabau beschließt der Rat auch hier einstimmig:

Beschluss

Der Rat der Stadt Wedel beschließt die der Beschlussvorlage im Original

beigefügte V. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Abwasserbeseitigung der Stadt Wedel (Beitragssatzung).

- 6.) **Jugendbeirat**
Neue Satzung und Wahlordnung 2017
Vorlage: BV/2016/113

Herr Dr. Bakan kritisiert, dass in der Beschlussvorlage die Änderungen der Satzung nicht in einer Synopse gegenübergestellt wurden, obwohl dieses im Ausschuss für Jugend und Soziales ausdrücklich gefordert wurde. Sodann trägt er als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses die Beschlussvorlage vor. Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt die

**„Satzung für den Jugendbeirat der Stadt Wedel“
in der unter Anlage 2 aufgeführten Fassung**

sowie die

**„Satzung: Wahlordnung für den Jugendbeirat der Stadt Wedel“
in der unter Anlage 4 aufgeführten Fassung.**

- 7.) **1. Nachtragssatzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wedel über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer**
Vorlage: BV/2016/120

Herr Dr. Bakan trägt auch diese Beschlussvorlage vor. Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt die dem Originalprotokoll beigefügte 1. Nachtragssatzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wedel über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer (Zweitwohnungssteuersatzung) vom 30.10.2013.

- 8.) **Optionserklärung gemäß § 27 Abs. 22 UStG**
Vorlage: BV/2016/141
- 

Herr Schmidt erläutert die Beschlussvorlage. Nachdem er Fragen der Ratsmitglieder beantwortet hat, beschließt der Rat einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt, die Optionserklärung gemäß § 27 Absatz 22 Umsatzsteuergesetz (UStG) auf Beibehaltung des alten Rechtsstandes bzgl. der Umsatzsteuerpflicht gegenüber dem Finanzamt bis zum 31.12.2016 abzugeben.

9.) Mitteilungen und Anfragen

9.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste

Es gibt keinen Bericht der Verwaltung.

9.2.) Sonstige Mitteilungen

9.2.1.) Cockpitbericht zum 30.09.2016 Vorlage: MV/2016/089

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis. Frau Kärgel teilt mit, dass die Grünen um Hergabe des Berichts in Farbe gebeten hatten. Dieser ist aber nicht angekommen. Herr Scholz sagt Prüfung zu.

9.2.2.) Berichtsheft 1/2016 Vorlage: MV/2016/078

Der Rat nimmt das Berichtsheft zur Kenntnis.

9.3.) Schriftliche Anfragen

Es gibt keine schriftlichen Anfragen.

9.4.) Mündliche Anfragen

Vattenfall

Herr Wuttke bittet um das Wort. Er geht auf die Anfrage Frau Kärrels in der Oktober-Ratssitzung ein, in der sie fragte, was der Bürgermeister zu tun gedenke in Kenntnis der andauernden Schadstoffausstöße durch das Kraftwerk Vattenfall. Seit dem Tag des Rates am 13.10. ist es erneut zu Schadstoffausstößen gekommen.

Herr Schmidt hatte, so Herr Wuttke, juristisch richtig, geantwortet, dass er als Bürgermeister der Stadt Wedel keine fachliche Zuständigkeit habe, diese läge vielmehr beim Land. Er sehe daher keine Veranlassung, tätig zu werden.

Die Grüne-Fraktion, aber auch viele Bürgerinnen und Bürger sind mit der Aussage nicht glücklich. Herr Wuttke zitiert sodann aus einer Ausgabe des Hamburger Abendblattes, welche 2 Tage nach der Wiederwahl des Bürgermeisters erschienen war. In dieser ist nachzulesen, was Herr Schmidt aufgrund des schlechten Wahlergebnisses sagte. Herr Schmidt sagte, so Herr Wuttke, dass er nachdenken werde, woran es lag, dass das Wahlergebnis nicht gut war. Frau Koschorrek, so Herr Wuttke, wird in denselben Aussagen zitiert wie folgt: "Der Bürgermeister sollte jetzt ein noch offeneres Ohr für das Volk haben."

Und nun, so Herr Wuttke, ist es nicht aus der Luft gegriffen, dass sich Bürgerinnen und Bürger Sorgen wegen der Emissionen machen. Die Grüne-Fraktion meint daher, dass die Wedelerinnen und Wedeler von ihrem Bürgermeister erwarten können, dass er sich für sie und die Stadt einsetzt, wenn er auch formaljuristisch nicht zuständig ist. Die Grünen fragen sich, wo das offene Ohr für die Sorgen der Bürger ist. Die Grüne-Fraktion erwartet, dass der Bürgermeister also auf das zuständige Ministerium in Kiel und die zuständigen Behörden zugeht, aber auch bei Vattenfall, und sich dafür stark macht, dass der Ausstoß von Emissionen endlich aufhört. Dieses sollte der Bürgermeister dann auch öffentlich machen. Er möge auf jeden Fall mehr tun als bisher.

Herr Schmidt stellt fest, dass offensichtlich der Bürgermeisterwahlkampf noch nicht eingestellt wurde. Er antwortet, dass er gegenüber Vattenfall und den zuständigen Landesbehörden weder weisungsbefugt ist noch überhaupt einwirken kann. Es stehe aber regelmäßig im Gespräch mit Vattenfall und der zuständigen Behörde LLU. Darüber hinaus kommt am Montag auf Initiative der Grünen der Umweltminister zu einem Gespräch nach Wedel. Was die Schadenregulierung durch Vattenfall betrifft, ist ihm nur ein Fall - der der Sprecherin der Bürgerinitiative - bekannt, in dem die Abwicklung nicht schnell und unbürokratisch erfolgt sein soll. In einem weiteren Fall lag die langsame Abwicklung darin begründet, dass der Anspruchsteller den von Vattenfall beauftragten Gutachter keinen Zutritt auf das Grundstück gewährt hatte.

Alle ihm bekannten Gutachten, so Herr Schmidt, besagen, dass es sich bei den Emissionen nicht um besorgniserregende oder gesundheitsgefährdende Stoffe

gehandelt hatte. Das von der Bürgerinitiative immer wieder zitierte Gegengutachten, welches andere Aussagen enthalten soll, ist ihm bis heute nicht vorgelegt worden.

Er, so Herr Schmidt hat und wird sich also auch weiter darum kümmern, dass die zuständigen Behörden ordnungsgemäß antworten und sich ihrerseits um den „Fall Wedel“ kümmern. Er wird aber nicht fordern, dass Kraftwerk stillzulegen.

Temperatur im Ratssaal

Frau Koschorrek fragt, warum es im Ratssaal so kalt ist. Die Frage wird an das Gebäudemanagement weitergeleitet.

BusinessPark Elbufer

Frau Koschorrek fragt, ob die Klageschrift zur Klage gegen den B-Plan der Stadt Wedel bereits vorliege und ob eine einstweilige Anordnung zu einem Baustopp führen könnte.

Herr Schmidt führt aus, dass er von der Klageschrift bisher nur aus einem Artikel des Hamburger Abendblattes weiß. Er erwartet die Klageschrift in den nächsten Tagen. Auf die Frage, ob eine einstweilige Verfügung zu einem Baustopp führen könnte, antwortet Herr Schmidt, dass dieses der Fall sein könnte, aber aus seiner Sicht mehr als unwahrscheinlich ist. Er hält das Risiko für begrenzt.

Aussagen des Bundestagsabgeordneten Matthias Barthe zum BusinessPark

Frau Koschorrek fragt, ob der Bürgermeister die gegen ihn gerichteten Aussagen hinsichtlich des B-Plans BusinessPark stehen lassen will.

Herr Schmidt antwortet, dass er sich einerseits fragt, was das Projekt den Bundestagsabgeordneten Matthias Barthe angeht. Im Übrigen hat der Rat den B-Plan beschlossen und nicht er als Bürgermeister der Stadt Wedel. Falls er ihn einmal trifft, wird er ihn darauf ansprechen.

Wohnunterkunft Industriestraße

Herr Grabau fragt, ob es stimme, dass die Unterkunft zurückgebaut werden soll. Könnte man die nicht besser für die Bewohner der Baracke an der Schulauer Straße nutzen?

Herr Schmidt verneint die Frage. Es ist kein Rückbau geplant, es gibt vielmehr einen langfristigen Mietvertrag. Die Nutzung wird unter den Vorgaben der gesetzlichen Bestimmungen gerade geprüft, darunter ist auch die Überlegung, Bewohner aus anderen Unterkünften dort unterzubringen.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, schließt Herr Kloevekorn vor Behandlung der folgenden TOPs die Öffentlichkeit aus.

10.) Eingabe in Sachen Ehrenamtsvereinbarung Vorlage: BV/2016/129



14.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Herr Kloevekorn unterrichtet die Öffentlichkeit darüber, dass der Rat unter TOP neu 12 beschlossen hat, Klage wegen eines mangelhaften Bodengutachtens für den Bereich Hafen zu erheben.

Er verabschiedet um 19.57 Uhr alle Anwesenden und schließt die Sitzung.

Stadtpräsident

Martina Weisser
Schriftführer/in

Datum der
Unterschrift

